

# Evangelische Verantwortung

## Wie steht es um unsere Familien?

Axel Noack

Über „Familie“ wird in unserem Lande sehr unterschiedlich gedacht und geredet. Hat für die einen allein das Wort nur noch nostalgischen Klang, loben andere sie als die eigentliche Keimzelle der Gesellschaft.

Wird einerseits offen und öffentlich über das Ende der traditionellen Familie gestritten und über neue und andere Lebensformen diskutiert, so leben andererseits gar nicht wenige Menschen in unserem Lande ganz schlicht in Familien zusammen und scheinen gar nicht zu merken, wie die Welt sich um sie her verändert hat und noch verändert.

Was können Staat und Kirche zur Stabilisierung der Familien tun?

Was objektiv gilt, ist nur schwer festzustellen. Statistiken sind mager und durchaus widersprüchlich. Mit Verweis auf Ehescheidungszahlen kann heute fast jede These belegt werden. Niemand wird allerdings bestreiten wollen, daß es bei vielen jungen Menschen eine tiefe Sehnsucht nach einer gelingenden Familie gibt, daß sich solche Sehnsucht auffällig oft nicht in die Lebenswirklichkeit umsetzen läßt und daß es Familien in dieser Zeit und in diesem reichen Lande nicht sonderlich leicht haben.



**Axel Noack:**  
Familie ist Ort der Weitergabe von Werten und Überzeugungen.

Antwort: Vermutlich nur relativ wenig! Diese Antwort muß enttäuschen, aber Verhaltensformen und Einstellungen werden nun eben viel stärker durch das **Lebensumfeld** geprägt, als daß „pädagogische Maßnahmen“ und Kampagnen helfen würden. Das ist nicht zu bedauern, denn um die Gesellschaft steht es schlecht, in der versucht wird, „neue Menschen“ zu formen. Der Staat muß seine Grenzen kennen, oder er verkommt zur Diktatur.

Dennoch – und das ist die Kehrseite der Medaille – kann und darf der Staat sich nicht völlig aus der Thematik heraushalten. Es ist von lebenswichtigem Interesse, daß im Lande verantwortliche Eltern Kinder großziehen. Es ist kein Geheimnis, daß wir im Blick auf die Zahl der bei uns geborenen Kinder ein großes Problem haben.

Besonders massiv schlägt es im Osten zu Buche, wo wir nach der Wende einen radikalen Einbruch in den Geburtenzahlen erlebt haben, von dem wir uns erst langsam wieder erholen. Wurden in der DDR im Jahr ca. 250 000 Kinder geboren, sank diese Zahl auf unter 90 000 nach der Wende. Zur Zeit liegt sie bei etwa 120 000 Kindern. Dieser Vorgang hat natürlich gravierende Auswirkungen, zunächst für Kindergärten, jetzt aber besonders für die Schulen.

Das setzt sich fort bis hin zu Folgen für „**Generationenvertrag**“ und Rentenformel. Die jetzt nicht geborenen Kinder werden später zwangsläufig auch nicht heiraten und selbst Kinder haben können.

### Themen:

Familie	1/4
Zum Sonntag	6
Kirche auf der EXPO 2000	9
Islamischer Religionsunterricht	12

Es ist schon eine spannende Frage, warum sich so viele Menschen dem „Amt“ als Eltern verweigern, was Martin Luther als das vornehmste öffentliche Amt bezeichnen konnte.

Hängt es damit zusammen, daß die Menschen z. Z. auch sonst sehr zurückhaltend sind, wenn es darum geht, öffentliche Verantwortung zu übernehmen? Parteien, Gewerkschaften und sogar die Kirchen können ein Lied davon singen!

### Warum diese Scheu, das Elternamt zu übernehmen?

Oder: Ist es einfach ein **Wohlstandsphänomen**? Denn es ist offensichtlich, daß fast überall mit dem Wachsen des materiellen Wohlstands die Zahl der geborenen Kinder sinkt. Ausnahmen bilden nur einige streng islamische Länder, wie Saudi-Arabien.

Daß die berühmten, zahlenmäßig zunehmenden „Single-Haushalte“ ein Wohlstandsproblem sind, wird niemand bestreiten wollen. Sie setzen genügend Wohnraum und eine funktionierende Dienstleistungsgesellschaft voraus. Denn die durch die fehlenden familiären Bindungen gewonnene Freiheit bezahle ich durch fehlende Geborgenheit. Diese wiederum kann ich in einer Wohlstandsgesellschaft käuflich erwerben: Hilfe im Haushalt, Pflege im Krankheitsfall, Beratung und „Supervision“, und wenn ich will: „Begleitservice“, Unterhaltung und „Freizeitgestaltung“ sowieso.

Möglicherweise spielt auch das Phänomen der **„Wegwerfgesellschaft“** eine Rolle. Lange hält heute nichts mehr. Das gilt für Radio und Waschmaschine, aber auch für Bindungen an Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen. Die Scheu, sich längerfristig zu binden, gründet in der Furcht vor Einengung der persönlichen Freiheit.

Andere begründen ihre Zurückhaltung mit besonderen Zukunftsängsten („Kann man es verantworten, in diese Welt Kinder zu setzen?“) oder mit dem Hinweis auf die überquellende Weltbevölkerung. Zuweilen drücken sich in der Verweigerung, das Elternamt zu übernehmen, Unsicherheit um den Arbeitsplatz und die Sorge, Kinder könnten das be-

rufliche Fortkommen hindern, aus. Etlliche Sozialpolitiker sehen hier die Ursache und fordern staatliche Hilfe.

### Kinder sind mehr als eine wirtschaftliche Belastung

Es liegt auf der Hand, daß staatliche Familienpolitik nur wenig Möglichkeiten hat, auf dieses „Ursachenbündel“ Einfluß zu nehmen. Praktische Einflußnahme muß und soll allerdings in allen sozialen und ökonomischen Feldern erfolgen. Aber auch hier ist Augenmaß nötig. Nicht überall ist es geboten und tunlich, den

*Wir sollten uns weniger bemühen,  
den Weg für unsere Kinder  
vorzubereiten,  
als unsere Kinder für den Weg.*

(Amerikanisches Sprichwort)

„ökonomischen Hebel“ anzusetzen. Finanzielle Förderung der Kindererziehung darf weder zur „Aufzuchtprämie“ noch zur Abstrafung der Kinderlosen geraten.

Es ist ja heute schon offensichtlich, daß über Kinder und ihre Erziehung vornehmlich unter ökonomischem Aspekt geredet wird: Sie stellen eine große wirtschaftliche Belastung dar, sie sind gar ein „Armutsrisiko“. Kinderreiche Familien seien im Lebensstandard eingeschränkt und ungleich schlechter als kinderlose Ehepaare gestellt.

### Aufgaben des Sozialstaates

Ökonomisch mag das alles stimmen, aber es ist dennoch nur die halbe Wahrheit und also ganz falsch. Freilich ist das **Elternamt** ein Risiko, freilich ist es mit Einschränkungen, Sorgen und Belastungen verbunden. Aber es ist doch auch **mit erfolgreicher, sinnvoller Tätigkeit**, mit Freude und viel – wenn auch nicht materiellem – Gewinn **verbunden**. Es ist das Leben! Risiko mit garantierter Rückversicherung ist schließlich langweilig, wie der Sturz an einem TÜV-geprüften Gummiband von einem Sprungturm.

Das Sozialstaatsgebot verlangt dennoch mit Aufmerksamkeit und Augenmaß, die soziale Lage der Familien zu berücksichti-

gen, und da gibt es in der Bundesrepublik einiges zu tun. Das Bundesverfassungsgericht hat Mängel von solcher Tragweite, daß sie sogar der Verfassung zu widersprechen scheinen, deutlich benannt und Forderungen erhoben, denen sich der Gesetzgeber nicht entziehen kann.

Seit kurzem liegt ein erster Entwurf vor, wie die Bundesregierung der Forderung aus Karlsruhe gerecht zu werden gedenkt. Dieser Entwurf hat – wie kann es in einer Demokratie auch anders sein – schon erste Kritiker gefunden.

Für die evangelische Seite hat die Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes besonders kritisiert, daß **die höhere steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten**, wie sie das Gericht fordert, positiv vor allem bei den Familien zu Buche schlagen dürfte, die über ein höheres Einkommen verfügen. Nur wer etwas zu versteuern hat, kann steuerliche Entlastung wirklich nutzen. Staatliche Förderung sollte sich auf die finanzschwachen Familien konzentrieren und um so größer sein, je geringer das zu versteuernde Einkommen ist.

### Die Familie als der Ort der Weitergabe von Werten und Überzeugungen

Ein weiteres Problem ist die **Berücksichtigung** der Kindererziehung bei der Rentenberechnung. Dazu ein Vergleich:

In diesem Jahr wird wegen Ihres 500. Geburtstages insonderheit an Katharina Luther, geborene von Bora, gedacht. Sie hat als Luthers Ehefrau 5 Kinder geboren und andere in ihrem Hause mit großgezogen. Nach menschlichem Ermessen konnte sie davon ausgehen, damit auch genug für ihre Altersversorgung getan zu haben. Das Diakonische Werk legt nun folgende Rechnung vor: Heute müßte eine Frau, deren Kinder vor 1992 geboren sind, 30 Kinder (im Osten 35!) erzogen haben, um über die Sozialhilfeschwelle zu gelangen. Eine entsprechende Erhöhung der Anrechnungszeiten ist ein dringend zu verwirklichender Schritt in Richtung einer selbständigen Alterssicherung der Frauen.

Es ist ein offenes Geheimnis, und wir spüren es in den Kirchen überdeutlich:

Traditionsgemäß werden der christliche Glaube, Überzeugungen und Wertmaßstäbe vor allem in der Familie weitergegeben und also gewissermaßen „vererbt“. Andere Bemühungen in Kindergärten und Schulen, Jugendgruppen und Kirchen sollen nicht geschmälert werden, aber die Familie ist im Blick auf die **Wertebildung** fast nicht zu ersetzen. Wenn die Familien in dieser Hinsicht „ausfallen“, bleibt das nicht ohne Rückwirkung auf die ganze Gesellschaft. Die immer wieder zu hörende Klage vom „Werteverlust“ hat hier ihre Wurzeln!

### Situation im Osten

Die Situation ist im Osten Deutschlands besonders anschaulich: Die Mehrzahl der heutigen Familien im Lande könnte an ihre Kinder, selbst wenn sie es wollten, nichts vom christlichen Glauben, von christlicher Tradition und kaum etwas vom christlichen Brauchtum weitergeben.

Schon die Eltern der heutigen Eltern haben – weil es eben nicht opportun war und mit einer Reihe von Nachteilen verbunden war – damit aufgehört, als Christen zu leben. Sie brauchten dazu nicht aus der Kirche auszutreten. Sie brauchten nur ihre Kinder nicht mehr taufen oder konfirmieren zu lassen, und ganz schnell war in der nächsten Generation eine Entfremdung und in der übernächsten ein **„Nichtverhältnis“** zu Kirche und Glauben eingetreten.

Wer eine Anschauung davon braucht, was passiert, wenn die Familien nur zwei Generationen lang als Transporteure von Glauben und Überzeugung ausfallen, braucht sich nur im Osten umzusehen. Das Problem ist im Westen auch vorhanden, nur noch nicht ganz so anschaulich mit Händen zu greifen.

Die Gesellschaft braucht die Familie als Ort der Weitergabe und der **Einübung von Überzeugungen**. Die Familien sind heute vornehmlich ausgerichtet auf die Weitergabe von materiellen Werten (Noch nie wurde in Deutschland soviel Besitz vererbt wie heute!) und technischem Wissen. Befragt nach der Rolle der Überzeugungsbildung lautet eine oft gehörte Antwort: „Das soll mein Kind später einmal selbst entscheiden!“

## Heute ist der erste Tag vom Rest deines Lebens!

*Schöner, heiterer und dringlicher, finde ich, kann man die Kostbarkeit, den Wert des Lebendigseins kaum ausdrücken. Da ist alles zusammen: die gelassene Hin-nahme der Tatsache, daß unser Vorrat an Leben begrenzt ist; die zur Aktion treibende Unge-wißheit, wie groß dieser Vorrat noch ist; und der Glanz und die Heiterkeit des Anfangs: Heute ist ein erster Tag, eine neue, unverbrauchte Chance des Lebens und der Liebe, selbst wenn es mein letzter Tag wäre. So spricht einer, der an das Leben glaubt – dem Tod zum Trotz.*

Ernst Lange

(Anm.: Vor 25 Jahren starb der Theologe Ernst Lange; er nahm sich im Alter von 47 Jahren das Leben.)

### Zur Verantwortung ermuntern

Unsere Gesellschaft hat den bekannten und staatsrechtlich auch vernünftigen Satz, daß Religion **„Privatsache“** sei, so sehr verinnerlicht, daß der Glaube und jede Überzeugung zur eigentlichen „Intimsphäre“ geworden ist, über die man verschämt schweigt.

Noch einmal zu Katharina von Bora: Alle erinnern sich heute an die schönen Briefe, die Martin Luther ihr geschrieben hat. Belustigt wird Luthers Anrede an Katharina als „mein gestrenger Herr Käthe“ immer wieder zitiert. Aber: In fast allen Briefen, die Luther an seine Käthe geschrieben hat, findet man den Satz: „Heiße die Kinder beten!“. Welcher durchschnittlich evangelische, fröhliche Vater schreibt heute seiner Frau, daß sie die Kinder zum Gebet anhalten soll?

Gemeint ist genau dies: Verschweige den Kindern nicht deine Glaubensüberzeugung. Übe sie darin, eine Überzeugung auch praktisch zu leben.

Das damit aufgezeigte Problem nennt uns unsere Aufgabe: Es gilt mit Liebe und Geduld Menschen zur Übernahme von Verantwortung, auch als Eltern, zu ermuntern. Wir müssen sie darin unterstützen und ermutigen, aber ihnen – bei voller Anerkennung unserer Grenzen – auch helfen.

### Orientierung geht nur von Orientierten aus!

Als Kirchen müssen wir sie – so gut es geht – im Glauben stärken, denn der ist eine „verwegene Zuversicht“, die hilft, auch in komplizierten Zeiten Risiko nicht zu scheuen, ein **verantwortliches Lebensziel** zu haben und sich den Sorgen dieser Welt ganz zuzuwenden.

Wohl wissend, daß heroische Appelle wenig bewirken, bleibt uns immer noch, es zu halten wie der Kirchenvater Josua (nachzulesen im Buche Josua, Kap.24). Er scheute sich nicht, die Probleme beim Namen zu nennen, Alternativen und Gefahren aufzuzählen. Am Ende sagt er: Entscheidet euch, wie ihr wollt, „ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen!“ Es braucht eben Menschen, die ihre Überzeugung leben, denn Orientierung geht nur von Orientierten aus. ■

Anm.:

Axel Noack ist Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

## Der EAK der CDU/CSU lädt ein:

Montag, 18.10.99, 19.00 Uhr  
Uni-Club Bonn

**39. Bonner Theologisches Gespräch**  
mit Prof. Dr. Josef Isensee, Bonn:

**„Das Verhältnis von Kirche und Staat – der Beitrag des Rechts in 50 Jahren“**

Moderation: Jochen Borchert, MdB



# Auf der Suche nach der Familie von morgen

Kristel Bendig

Die Familienstrukturen ändern sich rapide. Die familiären Netze werden kleiner, die Heiratsneigung sinkt, die Ehescheidungen häufen sich. Fast zehn Prozent aller Kinder werden unehelich geboren. Immer mehr Frauen entscheiden sich erst nach dem 30. Lebensjahr für ein Kind. Vielfältige verwandtschaftliche Beziehungen werden bald der Vergangenheit angehören. Statt dessen werden familiäre Beziehungen durch wechselnde Partnerschaften komplizierter, oft auch unverbindlicher.

Ehe und Familie sind heute einem weit größeren Erfolgsdruck ausgesetzt als etwa zu Beginn des Jahrhunderts, und Partnerschaft genießt einen wesentlich höheren Wert als in den fünfziger Jahren. Die Ehe gilt als heiliger Ort der Geborgenheit gegenüber der rauen Außenwelt. Sie muß alles ausgleichen: Frust am Arbeitsplatz, Verkehrsstaus, Ärger mit Handwerkern oder Probleme in der Schule. Dadurch ist das Glück zu zweit mit zu hohen Erwartungen überfrachtet.

Frauen sind es, die diesen Druck auf Familie und Ehe besonders stark spüren. Sie sind mit der alleinigen Verantwortung für Familie und Haushalt nicht mehr einverstanden und versuchen, diese Rollenfestschreibung innerhalb und außerhalb der Ehe/Familie zu verändern. Während ihnen außerhalb eine individuelle Lebensgestaltung ermöglicht wird, zwingt sie die Familie wieder in Geschlechterrollen oder erschwert ihnen zumindest ein Zusammenleben nach dem Prinzip der Chancengleichheit. Immer wieder muß die Koordination in bezug auf die Vereinbarung von Beruf, Haushalt und Kindern neu gefunden werden.

Die Widersprüche, die ihnen aufgenötigt sind, stürzen sie ständig in persönliche Konflikte. Unzulängliche ge-

sellschaftspolitische Rahmenbedingungen veranlassen sie, nach individuellen Lösungen zu suchen. Die überwiegend von Frauen aufgekündigten Beziehungen zeigen, daß die erwünschte Partnerschaft noch nicht gelebt werden kann und das Scheitern als persönliche Niederlage empfunden wird.

So steigt seit den 70er Jahren die Zahl der Alleinerziehenden beständig. Deutlich mehr Kinder wachsen bei alleinerziehenden Müttern auf. Die Statistik verzeichnet für April 1998 mehr als 1,6 Millionen weibliche Alleinerziehende. Das waren 26 % mehr als 1991. Insgesamt gab es im Frühjahr 1998 rund 2,6 Millionen Kinder, die bei nur einem Elternteil aufwachsen; 1991 waren es erst zwei Millionen Kinder. Besonders hoch ist das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden – knapp die Hälfte der von Sozialhilfe abhängigen Kinder lebt in Haushalten alleinerziehender Frauen.

Familie lebt – aber anders und in juristisch nicht mehr abgesicherten Verhältnissen, wie sie die Mütter und Väter des Grundgesetzes wohl noch vor Augen hatten. Familienpolitik ist Politik für eine ganze Gesellschaft. Nicht umsonst steht in unserer Verfassung jener Absatz, der Ehe und Familie unter den besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft stellt.

Familie und Familienpolitik – das ist weit mehr als ein singulärer Teil der Gesamtpolitik eines Landes. Diese in unserem Grundgesetz verankerte rechtliche Privilegierung ist Teil gesellschaftlicher Exi-

stenzsicherung, denn ein Gemeinwesen ist auf Kinder angewiesen: Ohne Kinder hat sich unser Sozialsystem erledigt. Ohne Kinder wird der Generationenvertrag in der Rente zur Leerformel. Ohne Kinder triumphiert das Ich endgültig über das Wir.

Über wenigens waren sich die beiden deutschen Staaten vor 1990 so einig wie über die Bedeutung der Familie: Beide Verfassungen schützten die Familie als Institution, als Komplex von Normen. Galt sie den einen als „Keimzelle der Gesellschaft“ war sie den anderen „Grundkollektiv der sozialistischen Gesellschaft“. Auf der einen Seite grenzte die Verfassung der alten Bundesrepublik das Recht der Bevölkerung aus dem Einflußbereich des Staates aus, während die Verfassung der DDR dem Staat eine Eingriffsmacht auf die Gesellschaft zugestand.



Karikatur: Löffler

Die meisten Mütter mit Kindern unter 18 Jahren bewältigen Kindererziehung und Job gleichzeitig. Rund 60 % der Frauen mit minderjährigen Kindern gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Alleinerziehende Mütter sind sogar zu 64 %, verheiratete Frauen zu rd. 59 % berufstätig. Die zunehmende Wahlfreiheit, der Wegfall traditioneller Bindungen und das Schrumpfen familiärer Beziehungen wird in Zukunft in noch stärkerem Maße die individuellen Lebensstile prägen. Psychologen glauben, daß das soziale Miteinander dadurch erschwert wird, weil gemeinsame Lebenserfahrungen fehlen. Auf jeden Fall wird den Menschen in Zukunft mehr Toleranz und Liberalität abverlangt.

Mit dieser Entwicklung nimmt die Bundesrepublik im europäischen Vergleich keine Sonderstellung ein, sondern liegt im normalen Mittelmaß. Die Rate der unehelich geborenen Kinder ist z.B. in skandinavischen Ländern weitaus höher. Sie macht in Schweden ungefähr 50 % aus. Und bei der Geburtenrate wird die Bundesrepublik mit 1,4 Kindern

noch von Italien mit 1,3 Kinder pro Elternpaar unterboten.

Der Rückgang der Kinderzahl steht in einem engen Zusammenhang mit dem großen Rückgang der Heiratsbereitschaft und der Zunahme des Heiratsalters. Familiengründung hat sich in ein Alter verlagert, in dem sie früher häufig schon abgeschlossen war. Das Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes erhöhte sich um mehr als 4 Jahre auf 28,6 Jahre. Die demographische Lage in den großen Städten ist geprägt von einer fast 40%igen Kinderlosigkeit und einer den westdeutschen Durchschnitt um das Doppelte übersteigenden Ehelosigkeit.

Eine **Familiengründung** bringt finanziell drastische Veränderungen: Ohne Zweifel ist die finanzielle Situation von Familien mit mehreren Kindern hierzulande vielfach angespannt. Entlastung kann es nur mit einer umfassenden Steuerreform geben.

Ein **Staat** kann die Kosten für Kinder nicht ohne weiteres als Privatsache abtun, weil aus den horrenden Belastungen eine Kette volkswirtschaftlich bedenklicher Folgen resultiert: nämlich minimale Geburtenrate, zunehmende Vergreisung und Aufkündigung des Generationenvertrages im Rentensystem.

### Vereinbarkeit von Job und Familienleben

Es deutet vieles darauf hin, daß das wirtschaftliche Risiko sowie die Einkommensverluste die Lust aufs Kinderkriegen zumindest bremsen. Wenn aber der größte Kostenblock im Verdienstaustausch besteht, so resümiert jüngst die „Wirtschaftswoche“, müssen traditionelle Familienförderer umdenken und mehr Chancengerechtigkeit anbieten als da wären: ein breites Angebot zur professionellen Betreuung von Kindern, Beseitigung der starren Öffnungszeiten von Kindergärten, die eine bedarfsgerechte Unterbringung der Kinder berufstätiger Eltern verhindern.

Alle diese Faktoren haben einen großen Einfluß auf das Lebenskonzept und das Selbstverständnis der Frauen gehabt. Zu hinterfragen ist, ob tatsächlich die sog. „neue Kinderlosigkeit“ den Charakter der Freiwilligkeit trägt. Denn: Familie

bedeutet für junge Frauen heute nicht mehr Aufgabe des eigenen Lebensstils.

**Job und Familie** müssen zusammenpassen und die Vereinbarkeit von Job und Familienleben ist für 77 Prozent der Frauen das Allerwichtigste an ihrem Beruf. Wer je einen Haushalt organisiert hat und dabei auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Zeiten der einzelnen Familienmitglieder Rücksicht nehmen mußte, weiß, welcher Spagat zwischen Büro und Kinderzimmer einer berufstätigen Mutter abverlangt wird.

Nach wie vor ist **Familie bei der jungen Generation** in Deutschland „in“: 92 Prozent der jungverheirateten Frauen unter 35 Jahren halten Partnerschaft und Familie für sehr wichtig. Auch bei den jungen Männern sind es immerhin 87 Prozent. Ebenfalls wird weiterhin geheiratet, wenn auch später. 70 Prozent der über 35-jährigen sind verheiratet. Und von den Paaren, die nicht verheiratet sind, lehnen nur 5 bis 8 Prozent die Eheschließung grundsätzlich ab und weniger als zehn Prozent leben weiterhin unverheiratet zusammen, auch wenn sich Nachwuchs angemeldet hat.

Aber richtig ist, daß die lebenslange Bindung nicht mehr selbstverständlich ist. Die Probleme in den Familien, wo Mutter und Vater es nicht mehr schaffen, den hohen Anforderungen gerecht zu werden, wo die Beziehung auseinanderbricht und plötzlich einer allein die Verantwortung für die Kinder tragen muß, sind groß. Die Zahl der in Heimen lebenden Kinder nimmt zu. Ebenso wachsen Brutalität und Gewalt. Elementare Familienbelange werden in der Gesellschaft allzu oft noch zu wenig berücksichtigt und überfordern Eltern in ihrer Erziehungsleistung. Jedes dritte Paar reicht heute die Scheidung ein; in Großstädten jedes zweite – Tendenz steigend.

Doch dem **Trend, Familienprobleme in den privaten Bereich** abzudrängen, müssen wir entgegenwirken. Wir brauchen mehr Prävention sowie Rahmenbedingungen, die die Erziehungsfähigkeit der Eltern stärken und nicht auf Nachbesserungen setzen. Wir müssen **Familienkompetenzen stärken**, und uns dabei stellt die Frage stellen, wie Familien in Krisensituationen erreicht werden können und insgesamt der präventive

## Straßenkinder in Deutschland

OFF-ROAD-KIDS ist ein englisches Wortspiel, das dem Verein für Straßenkinder seinen Namen gab. Frei übersetzt steht es für Kinder, die den Weg von der Straße hin zu neuen Perspektiven gehen. Der Verein wurde 1993 in Donaueschingen gegründet. Vorsitzender ist Markus Seidel, Autor des Sachbuches „Straßenkinder in Deutschland“.

OFF-ROAD-KIDS e.V. unterstützt Straßenkinder bei allen Initiativen, die aus der Obdachlosigkeit führen. Die überregional tätigen Streetworker versorgen die Minderjährigen nicht mit regelmäßigen Mahlzeiten, sondern bieten ihnen statt dessen intensive Hilfe bei der Suche nach Perspektiven. Sofern sich im familiären Umfeld des einzelnen Jugendlichen keine Chancen auftun, versuchen die Streetworker gemeinsam mit dem jeweiligen Heimatjugendamt eine Lösung im Rahmen der Jugendhilfe zu finden. Für Straßenkinder, die in ihrer Heimatregion keine Alternativen finden, betreibt OFF-ROAD-KIDS seit 1996 ein eigenes Wohn- und Integrationsprojekt in Bad Dürkheim. Dort können Schulabschlüsse nachgeholt und Berufsausbildungen begonnen werden.

Die dort betreuten Jugendlichen müssen in relativ kurzer Zeit lernen, daß es sich lohnt, Probleme als Herausforderungen zu betrachten. Sie müssen begreifen, daß regelmäßiger Schulbesuch und die stete Mithilfe bei der Hausarbeit die eigene Ausdauer- und Leistungsfähigkeit trainieren. OFF-ROAD-KIDS will die Jugendlichen auf ein Leben in Eigenverantwortung und Selbständigkeit vorbereiten.

Der gemeinnützige Verein wird von etwa 100 Mitgliedern und einigen sehr engagierten Förderern, wie der Mannesmann Mobilfunk GmbH und der Deutschen Bahn AG, getragen.

### Spendenkonto:

OFF-ROAD-KIDS e.V.  
Volksbank Villingen e.G.  
Konto-Nr.: 60606609  
BLZ 694 900 00

Charakter in der Familienpolitik gestärkt werden kann.

Eingriffsmöglichkeiten für die Politik bestehen in Zeiten hoher Sensibilität seitens der Eltern für Elternschaft und Familie: bei der Geburt, beim Übergang in den Kindergarten, beim Übergang in die Grundschule, beim Übergang weiterführende Schule.

Während die CDU/CSU-geführte Bundesregierung seit Mitte der 80er Jahre die dringendsten Probleme, wie Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, Anhebung des Kindergeldes, Einführung von Erziehungsgeld und -urlaub, rentenrechtliche Anerkennung von Erziehungsleistungen und die Reform des Kindschaftsrechts geregelt und allein 1997 76,6 Milliarden Mark für familienpolitische Förderung bereitgestellt hat, hat sie den **Widerspruch zwischen Kinderwunsch und Verwirklichung** nicht auflösen können.

### Zusammenleben in der Zukunft

Doch wie sieht es nun in **jungen Familien** mit Vater, Mutter, Kind aus? Mit dem ersten Kind verändert sich oft auch die ursprünglich partnerschaftliche Rollenteilung. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes engagiert sich die Altersgruppe der 25- bis 30-jährigen Frauen mit einer Stunde und 20 Minuten fünfmal so lange in der Kinderbetreuung wie ihre männlichen Altersgenossen. Während nach der Eheschließung immerhin noch mehr als die Hälfte aller Ehepaare eine partnerschaftliche Aufgabenverteilung praktiziert, sinkt ihr Anteil mit dem ersten Kind auf etwa ein Drittel und beträgt bei Ehepaaren mit zwei Kindern gerade einmal 7 Prozent. Noch immer sind es in vielen Familien die Frauen, die den Spagat zwischen Heim und Herd, Konferenztisch und Kinderzimmer machen. Trotz steigender Erwerbstätigkeit der Frauen und gleicher beruflicher Qualifikation leisten nach wie vor die Frauen den größten Teil der unbezahlten Arbeit – und diese Doppelbelastung gilt weltweit.

Partnerschaft ist angesagt, denn nur mit ihr lassen sich Familie, Haushalt und Karriere unter einen Hut bringen. Kaum mehr als ein Jahrzehnt ist vergangen, seit die ehemalige Familienministerin

Ursula Lehr Ende der 80er Jahre erstmals öffentlich darüber nachdachte, ob es nicht auch Betreuungsangebote für unter Dreijährige geben müsse und einen Sturm der Entrüstung erntete, der nicht nur durch den Blätterwald, sondern auch durch unsere eigenen Reihen tobte. Heute konstatieren wir ernüchtert, daß die Wirklichkeit die jungen Frauen eingeholt hat. Staatlicherseits sind weder Kinder noch Eheschließungen zu verordnen, aber die Berufstätigkeit moderner Frauen zu verbieten, stößt an das Selbstverständnis der **gut ausgebildeten Frauengeneration** und gelingt überhaupt nicht. Eher wird das Kinderkriegen verweigert. Vielleicht wurde von der Politik das Konzept von Elternschaft bisher zu eng ausgelegt und der Verfassungsauftrag finanzpolitisch zu stark eingeeignet gesehen.

Gleich wie Familie ist, ob perfekt, unvollkommen, brüchig, komplex – keine entspricht mehr dem einstigen Ideal. Angesagt ist mehr Ehrlichkeit, wenn es

darum geht, was die Familien für unsere Gesellschaft leisten. Also heißt es, Abschied zu nehmen von der „Normalbiographie“ vergangener Generationen. In Zukunft wird es mehr „unvollständige Familien“ geben sowie eine Vielzahl alternativer Lebensgemeinschaften.

In der **Familienkommission** der CDU sollten daher Veränderungen und Interventionsmöglichkeiten programmatisch so aufgearbeitet werden, daß die Leistungen der Familien belohnt werden – unabhängig von der Form, die die Menschen für ihr eigenes Leben wählen. Was auch immer die Arbeit der eingesetzten Familienkommission zutage fördern wird und welche **Konzeptionen** schließlich innerhalb der Partei mehrheitsfähig sein werden, eines wollen und werden sie nicht leisten: das Rad der Geschichte zurückzudrehen auf die Verhältnisse zu Beginn unseres Jahrhunderts in die sog. „gute alte Zeit“. ■

Anm.:

## Bete und arbeite – Stimmt das Verhältnis von Arbeit und Gebet in unserer Gesellschaft?

Dr. Ulrich Fischer

**„Ora et labora – bete und arbeite. Halte inne und gestalte handelnd die Welt“. Beides muß unser Leben bestimmen. „Ora et labora – bete und arbeite“ – diese alte mönchische Regel vermittelt ein Existenzangebot für alle Christinnen und Christen im Alltag der Welt. Beten und Arbeiten, Beten und Tätigsein, Beten und Tun des Gerechten – beides gehört zum Christsein und darf nicht getrennt werden.**

Der Ablauf des Alltäglichen braucht Unterbrechungen. Wer Welt und Alltag gestaltet ohne die Unterbrechung, ohne innezuhalten, ohne nachzudenken, der verliert sich selbst und verliert die Distanz zur Welt. Er wird verführbar, alles Machbare auch zu tun. Er verliert sich im immer gleichen Strom der Zeit.

Im Beten wird deutlich, daß wir Menschen weder über uns selbst noch über unsere Welt verfügen können. Im Beten vergewissern wir uns – im Unterschied zum Nachdenken – dessen, daß wir mit unserer ganzen Person schlechthin abhängig sind von Gott. Dieses immer wieder uns und anderen deutlich zu machen, ist Auftrag für uns Christinnen und Christen in unserer Gesellschaft und für uns als Kirche.

Ich will nicht bestreiten, daß auch in unserem kirchlichen Betrieb sich bisweilen hektischer Aktivismus breitmacht. Aber dennoch ist in unserer Kirche ein Wissen darüber vorhanden, daß wir im Entscheidenden nichts den eigenen Kräften verdanken. Und wenn wir als Kirche wie als einzelne Christen beten, dann halten wir inne, unsere eigenen Kräfte zu verausgaben, und vergewissern uns der



Kräfte, derer wir uns verdanken. Deshalb ist, wie Martin Luther einmal gesagt hat, nächst dem Predigtamt das Gebet das höchste Amt in der Christenheit.

### Von der Notwendigkeit der Unterbrechung

Indem wir aus dem Immer-Tätigsein uns zurückziehen ins Gebet, bezeugen wir den Menschen in unserer Gesellschaft den Grund und die Kraft einer „**Kultur der Barmherzigkeit**“, die in unserer gnadenlosen Welt so bitter nötig ist. So bezeugen wir dieser Welt eine Perspektive der Freiheit und der Einsicht, daß alles, was der Mensch an guten Leistungen hervorbringt, alles Tätigsein, die Taten, die das Leben bewahren und fördern, die Ideen und die Phantasie für zukunftsweisendes politisches Handeln, Ausfluß des Segens ist, den wir von Gott im Gebet erbitten. Diese Perspektive der Freiheit ist besonders zu betonen in einer Zeit, in der alles machbar scheint, zu betonen angesichts der Tatsache, daß wir Menschen uns immer mehr der Zeit bemächtigen und sie ökonomischen Zweckmäßigkeiten unterordnen.

Perspektive der Freiheit gewinnen heißt deshalb in ganz besonderer Weise: Räume zum **Rückzug aus dem Tätigsein** schaffen, Räume im lokalen wie im zeitlichen Sinn, also Räume in den Kirchen, in den Tagungshäusern, in den Domen, in den Kathedralen, in den Klöstern bereitstellen, in denen Menschen sich zurückziehen können vom Immer-Tätigsein, aber auch zeitliche Räume zu sichern, in denen Menschen Ruhe finden können.

### Zum Sonntagsschutz

Es ist sehr kurzsichtig gedacht, wenn um vermeintlicher ökonomischer Vorteile willen der Sonntag geopfert wird und das hohe soziale Gut einer gemeinsamen Ruhezeit für unsere Gesellschaft aufgegeben wird. Wir sind nicht die Herren der Zeit. Unsere Zeit steht in Gottes Händen. So wie auch wir nicht die Herren über unsere eigenen Kräfte, über unser eigenes Tätigsein sind, sondern wir diese Kraft zum Tätigsein immer wieder neu von Gott erbitten müssen.

Beten ist nicht nur Innehalten, welches das Handeln unterbricht, es ist vielmehr

Klage, Bitte, Dank in einer Haltung, die die Grenzen der Zeit und des Raumes sprengt; hoffendes, heilendes Reden mit Gott, das uns trägt in unserer Begrenztheit. Unser Handeln und unser Nichthandeln, unser Tätigsein und unser Nicht-Tätigsein geschieht unter dieser Voraussetzung.

Wie abhängig sind wir doch von dem, was uns beschieden ist, von unseren Eltern und Vorfahren, von ihrer Kraft zu leben und von ihren Schwächen! Wie abhängig sind wir von den Traditionen, aus denen wir hervorgegangen sind! Wie abhängig sind wir von der Erbmasse und sozialer Stellung, von Chancen der Bildung, von Gaben der Gesundheit, und wie abhängig sind wir von den Prozessen, die in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft ablaufen! Beten ist heilende und hoffende Rede zu Gott in diesem Zusammenhang, sehnsüchtiges Ausschauen nach Gottes Zukunft, sehnsüchtiges Seufzen nach der Vergebung. Darum gewinnen wir im Gebet Entlastung und Orientierung zugleich und das Fundament unseres Handelns.

### Beitrag zur Gestaltung einer menschlichen Welt

Beten führt nicht zum Untätigsein. Im Gegenteil: Beten führt zum Handeln. Beten läßt Menschen dahin gehen, wo Gott selbst ist:

- bei der Schöpfung, die unserer Hege und Pflege bedarf;
- bei den Menschen, die den Frieden brauchen, weil sie sonst nicht menschlich leben können;
- bei den Armen, die aus den Maschen der Gerechtigkeit gefallen sind;
- bei den Kranken, die sich um ihr Leben sorgen;
- bei denen, die vor Gott und den Menschen schuldig geworden sind und doch ihre Würde brauchen;
- bei den Ängstlichen, die nicht wissen, wie sie ihr Leben meistern sollen;
- bei den Mächtigen, die Macht als unvertraute Macht verstehen lernen und zum Wohle aller nutzen;
- bei denen, die Verantwortung für die vielen tragen, damit sie in schlaflosen Nächten nicht verzweifeln müssen;
- bei denen, die das Wissen dieser Welt vermitteln, damit sie das Staunen nicht verlernen.

Gebet läßt Menschen dahin gehen, wo Gott selbst ist. Gebet befähigt zum Tätigsein, zur Bewahrung der Schöpfung, zur Friedensstiftung, zum Heilen, zum Trösten, zum Stärken. Die Zeiten und Orte der Ruhe, der Selbstbesinnung, der Gebete sind Voraussetzung für unser Handeln, für unser Tätigsein. Nur wenn wir Menschen uns Zeit lassen, wenn wir **zur Ruhe kommen, innehalten** – nur dann werden wir in unserem Handeln eine menschliche Welt gestalten können. So geschieht unser Beitrag zur Gestaltung einer menschlichen Welt nicht nur durch unsere Arbeit, nicht nur durch unser Tätigsein, nicht nur durch unser Tun des Gerechten, sondern auch durch das Beten, durch das wir zugerüstet werden und Kraft gewinnen zur Arbeit.

Sich dieses zu vergegenwärtigen heißt: Nicht um der Kirche und ihrer Selbsterhaltung willen, wohl aber um unserer Gesellschaft und ihrer menschlichen Gestaltung willen, letztlich also um des Wohls der in dieser Gesellschaft Lebenden willen brauchen wir Räume, im lokalen wie im zeitlichen Sinn, in denen eine Kultur des Betens gepflegt werden kann. Wer den **Sonntag** nicht heiligt, wird auch den Alltag nicht human gestalten können. Wer den Raum zum Beten nicht findet, wird sich im Tätigsein leicht verausgaben. Wer meint, daß Arbeit das ganze Leben sei, der übersieht, aus welchen Quellen Menschen die **Kraft zur Arbeit schöpfen**. Wer meint, daß das ganze Leben nur Ökonomie sei, der muß sich nicht wundern, wenn immer mehr Menschen an den ökonomischen Zwängen ersticken.

„Die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zweckmäßige und auch unter sozialen Gesichtspunkten zunächst teilweise positiv zu wertende **Flexibilisierung der Arbeitszeiten** hebt den Unterschied zwischen Arbeitszeit und Freizeit auf und gefährdet das gemeinschaftliche Leben der Menschen. Es entsteht ein Zeitbrei. Der bewußt vollzogene und planvoll vollziehbare Wechsel von Arbeitszeit und Freizeit ist aber eine Grundbedingung für die Ausbildung persönlicher Verantwortlichkeit. Arbeitszeitflexibilisierung muß darum dort ihre Grenzen finden, wo sie dazu führt, daß Menschen das Gefühl für persönliche Verantwortlichkeit verlieren.“

Dieses bildet sich im sozialen Leben aus und wird in ihm eingeübt.

Die Beachtung ethischer Perspektiven mag bei gegebenen wirtschaftlichen Bedrängnissen als unwirtschaftlich angesehen werden. Die Ethik lehrt aber, zwischen kurzfristigem Nutzen und langfristigem Schaden zu unterscheiden. Zwar ist es zweifelhaft, ob eine weitere Schädigung der Sonntagsruhe und weitere Einschränkungen des Feierabends tatsächlich kurzfristig wirtschaftliche Vorteile bringen. Selbst wenn das aber der Fall sein

sollte, so ist doch der langfristige Schaden deutlich absehbar. ...“ (aus: Zeit-Streit – Informationen und Argumente; Herausgeber: Evangelischer Oberkirchenrat Karlsruhe, 1966).

Das Beten und die Räume zum Gebet sind also kein Luxus, den sich eine durchökonomisierte Gesellschaft eigentlich nicht leisten kann. Nein: Das Beten ist die Kraftquelle des Lebens, und ohne Räume zum Gebet verlieren die Menschen die Kraft zum Leben, die Kraft zum Tätigsein, die Kraft zur Arbeit.

Darum handelt ökonomisch kurzsichtig und menschlich unverantwortlich, wer den **Schutz des Sonntags** antastet und in Frage stellt. Und deshalb ist es auch für Protestanten und Protestantinnen hilfreich, auf alte mönchische Weisheiten zu hören: ora et labora. ■

Anm.:

Dr. Ulrich Fischer ist Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Baden.

Wir dokumentieren hier einen Auszug aus seinem Vortrag auf der Landestagung des EAK-Baden.

## „Sonntag – kein Tag wie jeder andere!“

Interview mit Manfred Kock, Ratsvorsitzender der EKD

### Warum sind Sie gegen eine Ladenöffnung am Sonntag?

Der Sonntag tut den Menschen gut. Der biblisch begründete Rhythmus von Alltag und Sonntag, von Arbeit und Ruhe ist ein hohes Kulturgut, das wir nicht aufs Spiel setzen sollten. Dieser Tag ist ein Geschenk, er zeigt uns, daß sich der Wert eines Menschen nicht nach dem bemißt, was er ist oder leistet. Schon jetzt wird der Sonntagschutz durch viele Ausnahmen durchlöchert. Wenn auch noch die Geschäfte öffnen, droht ein Dammbbruch. Dann wird als nächstes gefragt, warum sonntags nicht auch andere Branchen arbeiten dürfen.

### Glauben Sie, daß der Verweis auf die biblischen Gebote und die kirchliche Tradition noch ausreicht, um eine Mehrheit in unserer Gesellschaft zu überzeugen?

Von uns erwarten die Menschen mit Recht, daß wir unsere Haltung biblisch begründen. Außerdem zeigen jüngste Umfragen, daß die Mehrheit der Deutschen gar nicht am Sonntag einkaufen will. Die meisten Menschen schätzen diesen Tag wirklich als Ruhetag und wollen ihn gemeinsam mit ihren Familien und Freunden gestalten und erle-

ben. Der Sonntag hat immer noch einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft, nicht allein für die Christen.

### Sie haben angekündigt, die Auseinandersetzung in schärferer Form als bisher führen zu wollen. Was heißt das konkret?

Aufgabe der Kirche ist es, mit den Mitteln des Wortes auf die guten Gründe für die Tradition der Sonntagsheiligung hinzuweisen. Aber wenn der Sonntagschutz unterlaufen wird, müssen wir uns notfalls auch mit rechtlichen Mitteln wehren. Schließlich ist der Sonntag im Grundgesetz als arbeitsfreier Tag „zur seelischen Erhebung“ ausdrücklich geschützt. Nicht der Schutz des Sonntags bedarf einer besonderen Begründung, sondern die Abweichung vom Verbot der Sonntagsarbeit muß begründet werden.

### Wo sehen Sie Verbündete in diesem Streit?

Wir wissen, daß die Gewerkschaften aus naheliegenden Gründen gegen ei-



ne Aufweichung des Sonntagschutzes kämpfen. Aber auch auf der Arbeitgeberseite im Einzelhandel werden die immer angeführten wirtschaftlichen Argumente für eine Ladenöffnung an Sonntagen in Zweifel gezogen. Dahinter steht die Einsicht, daß es allenfalls zu einer Verlagerung von Kaufkraft kommt, wenn die Geschäfte sonntags öffnen. Mehr Geld ausgeben kann niemand, und mehr Arbeitsplätze werden auch nicht geschaffen.

### Wie stehen Sie zu einer sonstigen Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten?

Das ist Sache der Politik und der Tarifpartner. Aber wenn es wochentags tatsächlich zu einer Ausweitung der Zeiten kommen sollte, darf dies nicht auf dem Rücken der Beschäftigten im Einzelhandel und ihrer Familien geschehen. Es müssen dann humane Ausgleichsregelungen gefunden werden. Wer die angebliche Freiheit genießt, bis 22 Uhr einzukaufen, sollte immer daran denken, daß andere dafür arbeiten müssen – zu einer Zeit, in der die meisten Menschen längst Feierabend haben.

*Diese Interviewfragen stellten wir dem Ratsvorsitzenden der EKD, Präses Manfred Kock, für das Union-Magazin.*



## Mitten auf dem Marktplatz der Welt: Der Christus-Pavillon – die Expo Kirche

Dr. Gerhard Wegner

Es hat einige Zeit gebraucht, bis sich die Kirchen, zunächst die evangelische, dann auch die katholische, durchgerungen haben, sich an der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover zu beteiligen. Dies hing weniger mit Schwierigkeiten in den Kirchen, sondern mit Unklarheiten über die EXPO-Konzeption zusammen. Lange war nicht klar, ob die Weltausstellung überhaupt zustande kam. Als dann aber die EXPO-Verträge unterschrieben waren, setzte in den Kirchen eine heftige Debatte darüber ein, wie man sich beteiligen könnte.

Während es auf katholischer Seite eine lange Tradition gibt, sich als Vatikan mit einem vor allen Dingen Kunstwerke präsentierenden Pavillon an Weltausstellungen zu beteiligen, stand die evangelische Kirche hier fast am Nullpunkt. In der Vergangenheit hatte es lediglich kleinere Pavillonbeiträge von evangelikalen Gruppen gegeben, die sie so gestalteten, daß sie mehr oder minder direkt auf die Bekehrung der Teilnehmer zielten. Lediglich bei der großartigen Weltausstellung 1967 in Montreal/Kanada hat es zum ersten Mal in der Geschichte einen gemeinsamen ökumenischen Pavillon von allen christlichen Kirchen in Kanada gegeben. Dies blieb aber ein Einzelfall.

### Ziele der Beteiligung

Insofern gab es zunächst eine breite konzeptionelle Debatte, in der sich zwei Zielsetzungen für die Beteiligung der Kirche an der Weltausstellung herauskristallisierten. Dabei handelt es sich zum einen um eine mehr inhaltliche, zum anderen um eine mehr formale Argumentation.

Zunächst zum inhaltlichen: Die erste Weltausstellung in Deutschland hat ein faszinierendes **Thema: Mensch – Natur**



**Dr. Gerhard Wegner:**  
**Die Beteiligung der Kirchen an der EXPO als Werbung für die Kirchen verstehen!**

– **Technik.** In der Ausfüllung und Interpretation dieses Themas werden sich auf dem EXPO-Gelände viele Projekte und Beiträge finden, die eine Neudefinition des Verhältnisses dieser drei Größen leisten wollen. Und wie nicht anders zu erwarten werden viele dieser Beiträge vor allen Dingen technische Lösungen für die wichtigen **Zukunftsprobleme**, die uns alle beschäftigen, anbieten. Die EXPO selbst ist dem sehr entgegengekommen, indem sie immer wieder betont, daß Lösungen und nicht nur irgendwelche Problematisierungen, gezeigt werden sollen.

Nun ist es jedoch so, daß sich eine neue Verhältnisbestimmung von Mensch – Natur – Technik nur dann sinnvoll leisten läßt, wenn die Dimension der Kultur, derjenigen Größe, die zwischen Mensch – Natur – Technik vermittelt, mit berücksichtigt wird. Und es ist für viele Menschen nicht unplausibel wenn man darauf hinweist, daß im Zentrum der Kultur Religion bzw. christlicher Glaube eine wichtige Rolle spielt. Das

was die Qualität einer Kultur ausmacht, die Wertorientierungen, sind fast immer mit religiösen Grundorientierungen gekoppelt.

Deswegen läßt sich sagen, daß eine adäquate Verhältnisbestimmung der drei Größen nur durch die **Besinnung auf Grundwerte** zu leisten ist und damit ohne Religion nicht denkbar ist. Aus dieser Erkenntnis heraus werden die beiden Kirchen ihre Sicht des Verhältnisses von Mensch – Natur – Technik auf der EXPO aus religiöser Sicht einbringen. Gerade diese Sicht macht dann aber deutlich, daß sich viele unserer wichtigen Zukunftsprobleme nicht nur technisch lösen lassen sondern immer mit der „Qualität des Menschlichen“ zu tun haben.

Die zweite Zielsetzung ist eher formaler Natur. Die Weltausstellung im Jahr 2000 in Deutschland stellt ein **Kommunikationsereignis** von einer bisher uns nicht bekannten Größe dar. Noch nie, und in absehbarer Zeit auch nicht wieder, lassen sich so viele Menschen in relativ kurzer Zeit an einem Platz erreichen, wie dies in Hannover vom 1. Juni bis zum 31. Oktober 2000 der Fall sein wird. Zudem wird die mediale Wirkung enorm sein. In dieser Hinsicht bietet die Weltausstellung, symbolisch gesprochen, eine Art Bühne auf der alles mögliche aufgeführt werden wird. Die Kirchen nutzen diese Bühne, wie andere auch, um ihre Botschaft den Menschen nahezubringen. Sofort muß dabei gesagt werden: Das Bespielen dieser Bühne ist nicht billig. Da sie eine so große Breitenwirkung haben wird, kostet es etwas auf ihr zu spielen. Aber die Wirkung ist eben auch dementsprechend groß.

Besonders herausgefordert sind die Kirchen dadurch, daß die Weltausstellung mit ihren Angeboten ein eher jüngeres Publikum zwischen 20 und 40 Jahren ansprechen wird. Sie spricht eben die Menschen an, die z.B. auch Freizeitparks in Deutschland und weltweit besuchen. In dieser Hinsicht stellt sie exemplarisch einen Fall von „Erlebnisgesellschaft“ dar. Und wenn sie gut funktioniert, dann wird es auf ihr auch wirklich viel zu erleben geben und es sich deswegen lohnen sie zu besuchen. Sowohl diese Besuchergruppen als auch die Art der unterhaltenden, informie-

renden Begegnungsmöglichkeit sind der Kirche jedoch bisweilen eher fremd.

Die Zielgruppe der EXPO umfaßt gerade diejenigen, bei denen sich die höchsten Kirchenaustrittszahlen feststellen lassen. Eben aus diesem Grund lohnt es sich, gerade auf sie zugespitzte Projekte zu starten, die christlichen Glauben für sie attraktiv darstellen. Die Beteiligung der Kirchen an der EXPO ist insofern eine Werbung für die Kirchen und für den christlichen Glauben und damit eine gute „Investition“.

### Beteiligung mit einem ökumenischen Pavillon

Die Weltausstellung in Hannover ruht auf den sogenannten **vier Säulen**: Den Pavillons der eingeladenen Länder und Organisationen, dem Themenpark, dem Kultur- und Ereignisprogramm und den „Weltweiten Projekten“. In allen vier Bereichen sind die Kirchen dabei. Den höchsten Attraktivitätsgrad haben die Pavillons, die von Ländern und großen Organisationen zur EXPO beigesteuert werden. Dies wird auch in Hannover so sein. Aus diesem Grund haben sich evangelische und katholische Kirche darauf verständigt, gemeinsam einen ökumenischen Pavillon zu errichten. Dies wird der „Christus-Pavillon – die EXPO-Kirche“ auf der EXPO-Plaza, dem zentralen Platz der Weltausstellung, sein.

Daß es zu solch einem großen Projekt gekommen ist, war ganz und gar nicht selbstverständlich. Lange wurde überlegt, ob es nicht ausreichen würde, eine christliche Präsentation in einer der Messehallen in Hannover unterzubringen. Dies wäre auf jeden Fall kostengünstiger zu haben gewesen. Aber schnell war allen Beteiligten klar, daß ein **eigenes Gebäude**, was schon durch seine Architektur eine Botschaft ausstrahlt, sehr viel attraktiver sein würde. Aus diesem Grund verständigte sich zunächst der Rat der EKD darauf, eine Summe von 10 Mio. DM für die Beteiligung der Kirchen an der EXPO bereitzustellen, und verband damit die Auflage, daß das Vorhaben ökumenisch durchgeführt werden sollte. Zudem wurde vorausgesetzt, daß sich für einen Pavillon zusätzliche Sponsoren finden lassen müßten und ein Gebäude nur dann gebaut werden dürfte, wenn

## Pavillon der Hoffnung EXPO 2000

Der offizielle Jugend-Pavillon der Weltausstellung EXPO 2000 Hannover ist in der Trägerschaft engagierter Christen. Der CVJM hat für seine Präsentation auf der Weltausstellung von der EXPO-Gesellschaft den Status eines „Non-official Participant“ erhalten. Um das Projekt auf eine breite Basis zu stellen, kooperiert der CVJM Gesamtverband Deutschland e.V. mit der Deutschen Evangelischen Allianz e.V. und World Vision Deutschland e.V. Diese drei Partner haben als Projektträger den gemeinnützigen Verein „Pavillon der Hoffnung e.V.“ gegründet.



Ein überdimensionaler Fisch aus Glas und Stahl beherbergt während der 153 Tage eine multimediale Präsentation der christlichen Hoffnungsbotschaft, eine Erlebnisausstellung mit Projekten der Hoffnung von Christen weltweit und Events jeder Art in und um den Pavillon der Hoffnung. Ein Camp für 3.000 Jugendliche bietet den EXPO-Besuchern eine günstige Übernachtungsmöglichkeit (Infos unter: 0561/318670).

es nach der EXPO an einen anderen Ort umgesetzt werden könnte.

Diese Bedingungen waren für die an dem Projekt Beteiligten nicht leicht zu erfüllen, aber es fanden sich zum Glück zum einen die Jesus-Bruderschaft, die in Volkenroda in Thüringen ein Kloster wieder aufbaut und ein Gebäude benötigt, was von einer ähnlichen Größenordnung ist wie der Christus-Pavillon auf der EXPO. Man verständigte sich, daß der **Christus-Pavillon** zunächst auf

der EXPO und anschließend in Volkenroda aufgebaut werden soll. Weil die Jesus-Bruderschaft schon angefangen hatte, mit Glas und Stahl zu bauen, beschloß man, auch den EXPO-Pavillon aus diesem Material zu gestalten, und so gelang es, die Deutsche Stahlindustrie als Hauptsponsor für das Projekt mit an Bord zu nehmen. Die Stahlindustrie ist an dem Vorhaben interessiert, da sie innovative Stahlprodukte, wie vor allen Dingen Steckverbindungen, Laserschweißen u.ä. im Bau zeigen kann.

Ohne diese großzügige Unterstützung wäre das Vorhaben nicht möglich gewesen. Auch über das rein pekuniäre hinaus setzt die Verbindung zwischen Kirche und Stahlindustrie einen wichtigen Akzent: Hier wird **innovative Technik und christliche Spiritualität** exemplarisch auf einer Weltausstellung zusammengebracht, und das dürfte ein deutliches Zeichen dafür sein, daß sich die Kirche und die Welt der Moderne durchaus miteinander versöhnen lassen.

### Kirche und Welt der Moderne miteinander versöhnen

Der Pavillon wird nach einem Entwurf des renommierten deutschen Architekten Prof. Meinhard von Gerkan aus Hamburg als architektonisch herausragende Glas- und Stahlkonstruktion gestaltet werden. Es gelang nach langem Tauziehen, einen Bauplatz auf dem zentralen Platz der EXPO neben dem Deutschen Pavillon, der sogenannten EXPO-Plaza, zu sichern. So wird die EXPO-Kirche neben dem Deutschen Pavillon zu stehen kommen, sozusagen wie die Kirche neben dem Rathaus auf deutschen Marktplätzen auch sonst. Schon symbolisch wird damit reklamiert, daß das **Christentum in Deutschland und Mitteleuropa nach wie vor eine wichtige mitbestimmende Rolle** spielt. Noch nie auf Weltausstellungen hat es für ein religiöses Projekt eine derart herausgehobene Position gegeben. Dies ist insbesondere die Leistung des ausgeschiedenen Landesbischofs der hannoverschen Landeskirche D. Horst Hirschler, der, gemeinsam mit Birgit Breuel, an diesem Standort mit Beharrlichkeit festgehalten hat.

Der Pavillon beeindruckt, wie alle EXPO-Pavillons, vor allen Dingen durch

seine architektonischen und raumatmosphärischen Qualitäten. Er unterscheidet sich jedoch von anderen Pavillons dadurch, daß er einen Raum der Spiritualität und Ruhe, eine „Tankstelle für die Seele“ bieten wird. In ihm wird deswegen nicht mit grellen Effekten oder mit technischen Highlights gearbeitet. Er stellt in dieser Hinsicht einen „anderen Ort“ auf dem EXPO-Gelände dar, der nicht in Konkurrenz zu den anderen Pavillons tritt, sondern eine exklusive Atmosphäre haben und so von den Besuchern auch erlebt werden wird. Seine „Anmutung“ soll Besucher beeindrucken und bei ihnen ein Gefühl hinterlassen, daß Kirche zu besuchen, eine beglückende und ihr Leben bereichernde Erfahrung sein kann. Für die Besucher steht das Erlebnis der Architektur und des Gebäudes im Vordergrund. Er ist sozusagen ein **begehbare Kunstwerk**, wie eine große Kathedrale auch.

Der Pavillon, umfaßt von einem Kreuzgang, umgrenzt einen Innenhof und einen großen Sakralraum. Der Kreuzgang selbst grenzt das Innenleben des Pavillons vom EXPO-Trubel ab. Er besteht aus Glas-Stahl-Modulen, die transparent sind, jedoch sind die Gläser mit Materialien aus den Bereichen Natur und Technik gefüllt. Symbolisch gesprochen nimmt so die Kirche die Welt der Natur und der Technik in sich auf. Im Innenhof wird ein die Besucher begrüßendes, lockeres Programm veranstaltet, während im Sakralbereich **stündlich Andachten** den Strom der Besucher zu einem kurzen Halt bringen sollen. Im Abendbereich gibt es dann ergänzend jeweils von 20 Uhr bis 21 Uhr ein Konzert, eine Theateraufführung, eine Talkshow oder etwas ähnliches.

Um den großen Sakralraum herum gruppieren sich kleine Ausstellungsräume, die das Thema „**Die Sinne der Kirche**“ illustrieren werden. Diese Ausstellung erzählt in reduzierter, elementarer Form von Kirche und Christus. So wird man hier der Musik der Kirche, dem Licht, der Farbe und anderen prägenden Elementen begegnen. Die Besucher erkennen etwas von Kirche wieder und erleben zugleich etwas von der Schönheit des christlichen Glaubens.

Neben den Ausstellungsräumen vorbei können die Besucher den großen Sa-

kralraum betreten. Dieser **Sakralraum** ist der Raum, in dem es ausdrücklich um den Menschen geht. Er ist der Christusraum. Er wird geprägt durch das Kruzifix von St. Georg aus dem Schnittgenmuseum aus Köln, ein herausragendes romanisches Kruzifix, entstanden um 1070, das nur noch als Torso existiert und vor allem durch sein besonders eindrucksvolles Gesicht fasziniert.

Zusätzlich bietet der Christus-Pavillon eine Krypta, als **Raum der Stille**. In ihm wird Ruhe herrschen, und er wird lediglich mit einem romanischen Taufstein, einer Christus-Ikone und Kerzen geschmückt. Der Zugang zu ihm erfolgt vom Sakralraum her und wird gleichzeitig nur wenigen Menschen möglich sein. Er stellt das „Arkanum“ des Pavillons dar und wird sich deswegen sicherlich großen Interesses erfreuen. Kein Raum auf der Weltausstellung wird ihm entsprechen.

### Interpretation des EXPO-Themas

Die Lage des Pavillons an der EXPO-Plaza garantiert einen guten Besuch. Jeder EXPO-Besucher wird an ihm irgendwann einmal vorbeigehen. Die EXPO-Kirche liegt im Zentrum der Weltausstellung. Sie wird durch Architektur und künstlerische Gestaltung „schön“ sein. Das Projekt „Christus-Pavillon“ interpretiert symbolisch aus christlicher Sicht das Verhältnis von Mensch, Natur und Technik. Auch die Veranstaltungen, die in ihm stattfinden werden, werden aus religiöser Sicht auf eine Verhältnisbestimmung dieser drei Größen eingehen. Am wichtigsten ist, daß der Pavillon selbst so von den Besuchern erlebt wird. Sie erfahren die Elemente Natur und Technik schon in der äußeren Gestaltung und bewegen sich zu dem wahren Menschen, zu Jesus-Christus hin. So werden sie auf ihr eigenes Menschsein hin angesprochen und können sich selbst als Geschöpfe Gottes begreifen.

Im „Christus-Pavillon – der EXPO-Kirche“ werden sich die Besucher der EXPO, wie in anderen Pavillons auch, nur relativ kurz aufhalten werden. Planer rechnen im Durchschnitt mit 20 - 30 Minuten. Mehr Zeit steht für einen einzelnen Pavillon auf der EXPO nicht zur Verfügung, da jeder Besucher viele Pavil-

lons sehen will. Aus diesem Grund kann solch ein Pavillon nur eine „Schnupperstunde“ in Sachen Kirche und Glauben bieten. Für eine intensivere Beschäftigung ist er nicht geeignet, wie es überhaupt eine Weltausstellung nicht ist. Insofern nimmt dieses Projekt Grundstrukturen der Erlebnisgesellschaft und des „Bildungsvergnügens“ (Edutainment) auf.

### Regionale Aktivitäten

In klarer Erkenntnis dieser Begrenzungen des Projektes bietet vor allem die evangelische Kirche für eine vertiefende Auseinandersetzung in Hannover weitere Vorhaben an. Diese Projekte sind nicht für das Massenpublikum der EXPO gedacht, sondern richten sich an interessierte Personenkreise, die sich intensiver auf Kirche und Glauben in Deutschland einlassen wollen. Nach den Erfahrungen mit den beiden zurückliegenden Weltausstellungen in Sevilla und Lissabon wird der Zulauf hier immer noch relativ groß sein, wenn auch nicht die Zahl der hunderttausende erreichen, die sich auf dem EXPO-Gelände tummeln.

Zu diesen Angeboten im Stadtbereich von Hannover zählen die **drei EXPO-Kirchen**: Die Diakoniekirche, die Frauenkirche und die Treffpunkt Welt-Kirche. Diese drei Kirchen bieten jeweils breite Angebote zu den Themen Diakonie, Frauen und Eine.Welt. Die Treffpunkt Welt.Kirche dient darüber hinaus als Begegnungszentrum für Partnerschaftsgruppen der Kirchen aus Ost und Süd. Daneben gibt es **zwei Musikkirchen**, in denen während der EXPO ein anspruchsvolles musikalisches Programm geboten wird. So wird man fast jeden Tag in Hannover etwas von Bach hören können.

Weiter finden sich eine Reihe von weltweiten **EXPO-Projekten**, vor allem im **diakonischen Bereich**, die für Besucher aus aller Welt soziales Engagement in Deutschland hautnah lebendig werden lassen. Zu diesen Projekten zählt ein Obdachlosenprojekt in Hannover, eine Jugendwerkstatt in Hameln und Gesundheitsprojekte, die vor allem von der Henriettenstiftung ins Leben gerufen wurden. Diese Projekte werden nur von



wenigen EXPO-Besuchern besucht werden, aber bei diesen einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Schon früher ist bei Weltausstellungen bemängelt worden, daß man nur das relativ künstliche Leben auf dem Gelände erlebt und nicht die Wirklichkeit jenseits des EXPO-Zaunes. Dem wird durch die weltweiten Projekte in Deutschland gegengesteuert.

Schon früh hat es darüber hinaus Bestrebungen gegeben, in Hannover und in der Region die Rolle des Gastgebers, die im religiösen Bereich den Kirchen zukommt, besonders zu akzentuieren. Es hat sich herausgestellt, daß dies insbesondere durch Kunstprojekte geleistet werden kann. Sie sind für die Besucher aus aller Welt gedacht und unterstreichen eine freundliche Kirche für die Gäste der Welt.

### Der Mensch im Mittelpunkt

Vorhaben dieser Art finden sich in Hannover, aber darüber hinaus auch in Göttingen, Celle, Hameln, Lüneburg und anderswo. Erstaunlich, was für eine Vielfalt von Vorhaben von Kirchengemeinden in Gang gesetzt worden sind. In die Reihe dieser künstlerischen Projekte wird auch das kirchliche Theater-Festival „Scena“ gehören. Das Projekt bietet während der EXPO religiöse Theaterinszenierungen an, die zum Teil auch im Christus-Pavillon aufgeführt werden.

Alle Projekte, die von den Kirchen zur EXPO beigesteuert werden zeichnen sich dadurch aus, daß sie den Menschen und die Sicht des Menschen in den Mittelpunkt stellen. Immer geht es darum, daß **Menschen ermutigt werden**, ihre Verantwortung für die Gestaltung der Welt zu übernehmen und nicht in den Ängsten vor den Problemen untergehen. Mit diesem Grundakzent beteiligen sich die Kirchen an dem großen **Fest der Weltgemeinschaft**, das die Weltausstellung sein wird. Sie freuen sich auf die vielen Millionen Besucher aus aller Welt und wollen dazu beitragen, daß dieses große Fest gelingt. ■

Anm.:

Dr. habil. Gerhard Wegner ist Leiter des evangelischen EXPO-Büros.

## Islamischer Religionsunterricht – Eine Herausforderung und Aufgabe für das bundesdeutsche Bildungssystem

Karsten Matthis

**Das Grundrecht auf Religionsfreiheit ist nicht nur ein Privileg der christlichen Kirchen und ihrer Gläubigen. Auch der moslemischen Minderheit mit ca. 2,7 Mio. Gläubigen in Deutschland steht nach Art. 4 Grundgesetz volle Religionsfreiheit zu.**

Unsere Kultur in Deutschland wird bereichert durch islamische Gemeinden, Akademien und Forschungsinstitute. Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland können stolz darauf sein, daß viele Moslems, die in Deutschland leben, diese Religionsfreiheit als weitergehender als in ihren moslemischen Heimatländern empfinden. Wiederum müssen wir als Deutsche uns noch bewußter darüber sein, daß der Islam in Deutschland eine feste gesellschaftliche Größe geworden ist, die zu unserer religiösen und politischen Vielfalt gehört.

Mit dem Islam in Deutschland müssen sich Staat und Gesellschaft ernsthaft befassen und sich mit seinen Frömmigkeitsformen auseinandersetzen.

Moslemische Schüler in Deutschland haben bislang keine Möglichkeit, islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach zu belegen. In Berlin leben allein 32.000 muslimische Kinder im schulpflichtigen Alter. In NRW besuchen allein 180.000 türkische Kinder die allgemeinbildenden Schulen. Eine religiöse Orientierung und ein qualifiziertes Bildungsangebot „Religion“ darf diesen Kindern nicht verwehrt werden.

Ein Angebot „Islamkunde“ befindet sich in einigen Bundesländern in der Erprobungsphase. Im größten deutschen Bundesland NRW erfolgt im Rahmen des freiwilligen muttersprachlichen Unterrichtes für türkische Kinder eine sogenannte „islamkundliche Unterweisung“. Der Unterricht wird in der Mut-

tersprache abgehalten, die Unterrichtsmaterialien sind in Deutsch verfaßt und wurden vom nordrhein-westfälischen Bildungsministerium mit Islamwissenschaftlern erarbeitet.

Es ist aber juristisch, pädagogisch und letztlich politisch schwierig, einen islamischen Religionsunterricht in allen deutschen Bundesländern und an deren allgemeinbildenden Schulen einzuführen. Ein umstrittenes **Urteil** des Berliner Oberverwaltungsgerichtes (OVG) unterstreicht diese rechtlichen Probleme. In Berlin hat eine türkisch-muslimische Organisation das Recht im November 1998 erstritten, an staatlichen Schulen mit finanzieller Hilfe des Landes Religionsunterricht zu erteilen. Die „Islamische Förderation“ setzte sich in einem Prozeß gegen die Schulverwaltung vor dem Berliner Oberverwaltungsgericht mit der Auffassung durch, sie sei eine Religionsgemeinschaft im Sinne des Berliner Schulgesetzes. Somit könnte sie in eigener Regie in staatlichen Schulräumen Religionsunterricht erteilen, wenn die Verwaltung bei der endgültigen Prüfung ihres Antrages nicht neue Ablehnungsgründe geltend macht (FAZ 05.11.98).

### Probleme in der Praxis

Das Land Berlin ist jedoch wie Bremen (sogen. Bremer Klausel, Art. 141 GG) ein Sonderfall, in diesen beiden Bundesländern ist der Religionsunterricht kein ordentliches Lehrfach wie in Baden-Württemberg oder Niedersachsen.

Es bestehen noch verschiedene Probleme bei der Umsetzung eines islamischen Religionsunterrichtes.

Welche *Institution vertritt*, vergleichbar mit den christlichen Kirchen, den Islam und seine Gläubigen in Deutschland? Eine *Religionsgemeinschaft* definiert sich nach deutschem Recht in Form ei-

nes erkennbaren Zusammenschluß, religiöser Konsens und umfassende Bezeugung des Konsenses. (Diese Kriterien wurden jedoch bei der „islamischen Förderation“ in Berlin angezweifelt, und dieser Vereinigung verfassungsfeindliche und fundamentalistische Tendenzen vorgeworfen.) Noch immer erscheint der Islam in Deutschland zersplittert und uneinheitlich. Ist eine Erfüllung dieser Kriterien gegeben? Welche(r) qualifizierte(r) *Pädagoge* (-in) kann diesen Unterricht als ordentliches Lehrfach an allgemeinbildenden Schulen erteilen? Wer bestimmt die *Inhalte* bzw. die Lernziele dieses Unterrichtes? Reicht allein die Berufung auf den Koran und Sunna als *Bekenntnisgrundlage* aus? In welcher Sprache wird der Islamunterricht erteilt?

Wie kann jeweils ein Lösungsweg für diese genannten Fragen gefunden werden? Dabei kann nur folgender Grundsatz gelten: *Es muß eine eindeutige staatliche Aufsicht bei den Lehrinhalten und der Auswahl des Lehrpersonals geben.*

### Lösungsstrategien für eine Integration

Der EAK der CDU NRW befürwortet einen Religionsunterricht für moslemische Schüler/ -innen als ordentliches Lehrfach nach Art. 7 Grundgesetz. Entsprechend ihrer Tradition soll diesen Schülern eine religiöse Lebensperspektive eröffnet und zugleich eine Urteilsfähigkeit in religiösen Fragen vermittelt werden.

Für die Erteilung eines *grundgesetzkonformen islamischen Religionsunterrichtes* an allgemeinbildenden Schulen müssen folgende Voraussetzungen geschaffen werden.

- Die großen islamischen Organisationen in Deutschland müssen gegenüber den Kultusministerien der Länder einen Konsens erzielen, wie dieser Unterricht im Sinne von Artikel 7 Grundgesetz erteilt werden kann.
- Wir brauchen in Deutschland Lehrstühle an den Universitäten und/ oder Pädagogischen Hochschulen, die islamische Religionslehrer/ -innen ausbilden. Erste praktische Erfahrungen

beispielsweise in den Niederlanden können hierbei wegweisend sein.

- Über die Inhalte und Lernziele müssen sich die islamischen Organisationen mit den Kultusministerien der Länder und der Kultusministerkonferenz (KMK) abstimmen. Die Lehrpläne für den islamischen Religionsunterricht müssen analog zum christlich konfessionellen Religionsunterricht das übliche Prüfungs- und Genehmigungsverfahren der Kultusbehörden durchlaufen. Das Unterrichtsangebot für muslimische Schüler muß in Einklang mit unserer Rechts- und Verfassungsordnung stehen.
- Ein islamischer Religionsunterricht sollte nur in Deutsch, nicht aber in den Muttersprachen der muslimisch geprägten Ländern erteilt werden. Nur in der deutschen Sprache kann dieser Unterricht neben der religiösen Unterweisung auch der Integration dienen.

### Forderungen des EAK

Der Evangelische Arbeitskreis ruft die Kultus- und Wissenschaftsminister der Union auf, diese ersten Schritte für die Realisierung eines islamischen Religionsunterrichtes zu unternehmen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 15. Juni 1999 in Bonn eine umfassende Anhörung mit Vertretern der islamischen Organisationen in Deutschland, mit Islamwissenschaftlern und weiteren anerkannten Experten durchgeführt.

So wie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Thematik aufgegriffen hat, sollten sich die Landtagsfraktionen von CDU und CSU der Problematik stellen und Vorschläge zur Realisierung eines islamischen Religionsunterrichtes an allgemeinbildenden Schulen erarbeiten.

Weiterhin wird sich der EAK der CDU in NRW neben einem verfassungskonformen islamischen Religionsunterricht für *die Stärkung des christlich-konfessionellen Religionsunterrichtes* an allen Schulformen im größten deutschen Bundesland einsetzen. ■

Anm.:

Karsten Matthis ist stellvertretender Landesvorsitzender des EAK-NRW.

**Rüdiger Bieber (Hrsg.): Christuszeit – Zweitausend Jahre Zeitenwende, Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, Frankfurt/M. 1999, ISBN 3-932194-09-8**

Mit Jesus begann die „neue“ Zeit. Er wendete die Zeit in „vor“ und „nach“. Statt des reiches Gottes kam, wie manche zynisch oder lächelnd sagen, die Kirche. Wird sie und mit ihr das Christentum 2000 Jahre nach Christi Geburt das Zeitliche segnen, oder wird sie die Kraft zu einer neuen Reformation mit einer aus der Bibel gewonnenen Vision aufbringen?

Der religiöse Markt im sogenannten christlichen Abendland ist heute vielfältig geworden. Die Schlagworte multikulturell und multireligiös für die bundesrepublikanische Situation sind sattsam bekannt. Doch was bedeuten sie beispielsweise für den schon wiederholt totgesagten Protestantismus – das Ende, einen Neuanfang? Werden unsere Kinder und Enkel noch evangelisch sein? Und wie wird es mit der Ökumene weitergehen? Folgt auf das „Jahrhundert der Ökumene“ der geschichtliche Pendelschlag zurück zu einer gegenseitigen Abschottung der Kirchen, um die jeweilige Klientel zu halten?

Autoren sind u.a. Udo Hahn, Ulrich Fischer, Michael Nüchtern, Konrad Raiser, Martin Honecker, Hartmut Kress, Margot Käßmann.

**Wilhelm M. Josten: Europa deine Menschen, mit Illustrationen von Martina Foßhag, 112 Seiten, Morstadt Verlag, Kehl 1999, ISBN 3-88571-243-1**

Gerade jetzt, da der Euro als Verrechnungseinheit bereits vorhanden ist, sind die Länder Europas von Nord bis Süd mit Menschen recht unterschiedlicher Mentalität von besonderem Interesse. Worin unterscheiden sie sich? Wie sind ihre speziellen Eigenschaften?

In seinem neuesten Buch beschreibt und charakterisiert Wilhelm M. Josten die Menschen in einer satirischen, humorigen Art. Mit seinen Beschreibungen und seiner humorigen Art trägt er auch zum Verständnis der Völker füreinander bei.

Kristel Bendig ist Bundesge-

## ■ Religiöse Bildung sichern und Familie stärken

Für die Sicherstellung des konfessionellen Religionsunterrichts haben sich der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Landesvorsitzende der EAK der CDU Nordrhein-Westfalen, **Thomas Rachel**, MdB, in einem Meinungsaustausch ausgesprochen.

**Präses Sorg** betonte, daß „es die Evangelische Kirche in Westfalen auf keinen Fall zulassen wird, daß in Nordrhein-Westfalen etwas ähnliches wie LER in Brandenburg entsteht“. Rachel erinnerte daran, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Einführung des staatlichen Unterrichts LER in Brandenburg geklagt hat, um sicherzustellen, daß der vom Grundgesetz garantierte Religionsunterricht auch in Brandenburg im Rahmen des ordentlichen Schulunterrichts erteilt wird. Präses Manfred Sorg bedauerte, daß die Eltern zunehmend die religiöse Erziehung delegieren. Insofern komme dem Vermitteln von Religion und christlicher Erziehung in Kindergärten, Grundschulen und Schulen eine steigende Bedeutung zu.

Der EAK-Landesvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen, Thomas Rachel, MdB, appellierte an die westfälische Landeskirche, am Leitbild Ehe und Familie festzuhalten: „Kirche muß Mut machen zu Ehe und Familie. Sie sind die tragenden Wurzeln dieser Gesellschaft. Dort wird schon in jungen Jahren Bindung und Geborgenheit *erlebt* und menschliche Konfliktregulierungsmechanismen *erlernt*.“

Union der CDU.

Die zur Zeit heftig diskutierte und stellenweise trotzdem schon praktizierte Segnung Homosexueller durch die Evangelische Kirche lehnten Rachel und der Evangelische Arbeitskreis mangels biblischer Begründung ab. In dem Gespräch wurde deutlich, daß die Westfälische Kirche in dieser Frage „einen verhalteneren Weg“ als die Rheinische Landeskirche gehen wird.

Unterstützung sagte Thomas Rachel der Kirche bei dem erwarteten Einbruch des Kirchensteueraufkommens durch die Steuerreform 2002 zu. Die Evangelische Kirche in Westfalen rechnet mit einem Einbruch im Bereich des Kirchensteueraufkommens in der Größenordnung von 25 Prozent, wie Präses Sorg betonte. Rachel kritisierte, daß die Kirchen bei der für sie lebenswichtigen Frage weder informiert noch genügend angehört wurden. ■

## ■ Zunehmende Verfolgung von Christen in vielen Ländern

Anläßlich der Einbringung einer Großen Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Verfolgung von Christen in aller Welt erklärt der Sprecher der Unionsfraktion für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe **Hermann Gröhe**:

„Die Verfolgung von Christen aller Konfessionen hat nach wie vor besorgniserregende Ausmaße. Christen werden wegen ihres Glaubens diskriminiert, verlieren ihre Arbeit, werden inhaftiert, entführt, verstümmelt und ermordet, ihre Kirchen werden niedergebrannt und ihre Wohnungen und Häuser zerstört. Nach Angaben der Deutschen Evange-

lischen Allianz wurden im Jahr 1998 etwa 163.000 Christen aufgrund ihres Glaubens getötet.

Mit unserer Großen Anfrage wollen wir eine systematische Aufarbeitung der Situation bedrängter und verfolgter Christen in aller Welt erreichen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, aber z.B. auch der deutschen Botschaften, auf dieses Thema lenken und zu einer parlamentarischen Debatte über die aktuelle Situation und mögliche Handlungsperspektiven kommen.

Unsere Anfrage zielt dabei sowohl auf die Situation von Christen in islamisch geprägten Ländern, in denen zum



christlichen Glauben übergetretene Muslime nicht selten ernster Bedrohung ausgesetzt sind, von Christen in kommunistischen Ländern wie China und Kuba, als auch von denjenigen, die aufgrund ihres sozialen und politischen Engagements z.B. in Staaten Lateinamerikas oder Asiens verfolgt werden. Von großer Bedeutung ist für uns die Aufgabe, Christen vor nicht-staatlicher Verfolgung zu schützen, wie sie erst jüngst in Indien zu beobachten war, und die entsprechenden Staaten an ihre Schutzpflicht für alle Staatsangehörigen zu erinnern.

Der Einsatz für verfolgte Christen ist für uns Bestandteil des Einsatzes für die in allen internationalen Menschenrechtskonventionen verankerte Re-



ligionsfreiheit insgesamt. Angesichts der christlichen Prägung unserer politischen Kultur fühlen wir uns aber verfolgten Christen in besonderer Weise verbunden und zur Solidarität verpflichtet. Zudem finden die wegen ihrer Glaubenspraxis bedrängten Christen nur selten Anwälte ihrer Interessen und sind daher auf die Solidarität von Ländern mit christlich geprägter Tradition besonders angewiesen.“

### ■ Sein ist die Zeit

Vom 31. Mai bis 4. Juni 2000 wird in Hamburg der 94. Deutsche Katholikentag stattfinden. Dieses größte zentrale Ereignis im Heiligen Jahr für die Kirche in Deutschland steht unter dem Leitwort „Sein ist die Zeit“. Dieses Leitwort ist Programm: Christen unterwegs in ein neues Jahrtausend – Zeitansage und Zeitgenossenschaft – Weggemeinschaft unter der Herausforderung der Gottesfrage.

Das Phänomen der Zeit treibt Menschen um. Nicht nur in philosophischen Überlegungen, auch in den Sorgen und Ängsten ganz normaler Bürger und Bürgerinnen kommt sie vor, die Frage: Was mache ich mit meiner Zeit? Was macht die Zeit mit mir? Wie teile ich meine Zeit ein? Habe ich noch genug Zeit? Schlage ich Zeit tot? Was ist sinnvolle Zeit?

„Sein ist die Zeit“, das bedeutet für Christinnen und Christen, das eine, geheimnisvolle Kontinuum von Zeit zu verstehen als den Ort der Begegnung von Gott und Menschen, einen Ort, in dem Christen identifizierbar sind als Nachfolgende des Jesus von Nazareth. In diesem Sinne

sind sie Gesandte in der Zeit und für die Zeit. ■

### ■ Landesbischof besucht EAK-Oberbayern

**Tutzing.** Zu einer Bezirksvorstandssitzung hat der EAK-Oberbayern den neuen bayerischen evangelisch-lutherischen Landesbischof **Dr. Johannes Friedrich** eingeladen. Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung trugen die Bezirksvorstandsmitglieder ihre Erwartungen an die bayerische Landeskirche vor. Bezirksvorsitzender **Rolf Picker** beglückwünschte den neuen Landesbischof zu seiner Wahl. Er drückte seinen Wunsch nach einer engen Zusammenarbeit des EAK mit der Landeskirche aus.

### ■ Werteerziehung in der Schule

**Worms.** „Unterrichtsgarantie“ in Hessen! So lautete eines der Wahlversprechen von Roland Koch im hessischen Wahlkampf. Zu Gast beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU in Worms erläuterte die neue hessische Kultusministerin **Karin Wolff**, wie sie dieses ehrgeizige Ziel ansteuern will.

Bereits in der Einleitung betonte der Vorsitzende des EAK, **Ulrich Oelschläger**, die Wichtigkeit von Werteerziehung in der Schule, an der alle Fächer mitzuarbeiten haben.

### ■ Politik und Kirche im Dialog

**Karlsruhe.** Zu dem Thema „Sucht durch Sehnsucht? / Drogen – Ausweg oder Irrweg?“ hatte die Vorsitzende **Karin Lindemann** zur 8. Podi-

umsdiskussion innerhalb der Reihe: „Politik und Kirche im Dialog“ eingeladen. **Ingrid Blank**, MdL und drogenpolitische Sprecherin, leitete den Abend mit einem eindrucksvollen Vortrag über die Schweizer Fixerstuben ein. Der Karlsruher Leiter des Rauschgiftdezernates **Herbert Habel** schilderte Erfahrungen aus seiner langjährigen Amtszeit. Besonders beeindruckend war der Bericht von **Klaus Weiniger**, Leiter der beschützenden Werkstätten des Hauses Bodelschwingh, der über seine eigene Suchterkrankung zu erzählen mußte. Mehr Zeit für die Familie wurde als ein wichtiger Ansatzpunkt zur Prävention von allen Beteiligten gesehen. Als Fazit ergab sich, daß nicht Versorgung der Sucht, sondern Begleitung aus der Sucht notwendig ist.

#### ■ Hinweis:

#### EAK-Ansprechpartner für die Kreisverbände:

Karlsruhe – Stadt, Karlsruhe – Land, Baden-Baden, Rastatt Calw

Karin Lindemann

Tel.: 0721-686821

Fax: 0721-686826

### ■ Zur aktuellen Familienpolitik

**Bad Krozingen.** Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung des EAK Breisgau-Hochschwarzwald wurde die bisherige Vorsitzende **Ingeborg Babucke** einstimmig wiedergewählt. Ihr zur Seite wurden Dekan **Franz Dolechal** und **Ortlof Steffan** als Stellvertreter gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind **Annette Gündel**, **Dr. Norbert Lurz** sowie Helene Borgmann, Günther Ziegler, Brigitte Diez, **Annette Theobald**, **Bernd Haselmann**

und **Herbert Reinhardt jeweils als Beisitzer.**

Begrüßen konnte Frau Babucke die neugewählte Bundestagsabgeordnete Dorothea **Störr-Ritter**, die die Vorstandswahl leitete und zur aktuellen Familienpolitik referierte. Frau Störr-Ritter stellte das Modell des Familiengehalts sowie das Modell der Erhöhung der Freibeträge und des Kindergeldes vor. Ein kleiner Bundesparteitag im Winter werde über beide Modelle befinden.

### ■ Wahlen beim EAK-München

München. Bei den letzten Bezirksvorstandswahlen des EAK-München wurde Pfarrer **Wolfgang Hofmann** wiedergewählt. Stellvertreter wurden: **Wilma Mandel**, **Dr. Wernher Braun**, **Wilhelm-G. Adelberger**. Zu Beisitzern wurden gewählt: **Barbara Schöne**, **Dr. Helga E. Dettmer**, **Ulrich J. Motte**, **Joachim-K. Meinhold**, **Karl-H. Kerstens** und **Constanze Adelberger**.

### ■ Verhältnis von Kirche und Politik

**Remscheid.** **Karl-Heinz Humpert** aus Remscheid wurde neuer Bezirksvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Bergisches Land. Den Bezirk bilden die Städte Düsseldorf, Wuppertal, Solingen und Remscheid sowie der Rheinisch-Bergische Kreis, der Kreis Mettmann und der Oberbergische Kreis. Humpert wurde Nachfolger von **Dr. Hans Horn**.

Dr. Hans Horn wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurden **Margarete Iversen** und **Ernst**

**Meinungen und Informationen** aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 544-305/6 · Fax 544-586 · **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 370 100 50) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

**Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!**

Postvertriebsstück Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt

## Zur Diskussion um die Ladenöffnungszeiten und den Sonntagschutz – Sieben Thesen

1. Die Frage der Ladenöffnungszeiten und des Sonntagsschutzes ist zu trennen von der Frage der Wochenarbeitszeit. Auch die Öffnung der Läden an Werktagen berührt grundsätzlich andere Fragen als die der Sonntagsarbeit.
2. Art. 140 GG – Art. 139 Weimarer Verf.: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.“ Der Schutz des Sonntags – und nicht nur während der Zeit des Gottesdienstes – hat Verfassungsrang. Sonntag und Feiertage – 1. Mai und 3. Oktober z.B. – sind gleichrangig und können nicht unterschiedlich behandelt werden.
3. Nach der Verfassung ist der Sonntag nicht nur ein arbeitsfreier Tag – wie z.B. ein Urlaubstag – sondern hat eine bestimmte, nicht ökonomisch zu definierende Funktion für die Gesellschaft. Für Christen ist es der Tag des Herrn, der Tag des Gottesdienstes. Aber auch ein Nichtchrist muß die Arbeitsruhe des Sonntags achten, auch wenn er keine religiöse Beziehung zu diesem Tag hat.
4. Der Sonntag unterbricht den Arbeitsrhythmus der Arbeitszeit. Er macht damit deutlich und erfahrbar, daß der Mensch von den Zwängen der Wirtschaftsgesellschaft und der Sicherung des Lebens nicht völlig beansprucht wird.
5. Die Tatsache, daß in bestimmten Berufsfeldern oder unter bestimmten Zwängen Sonntagsarbeit notwendig ist, macht gerade die Bedeutung der Sonntagsruhe besonders sichtbar und erfahrbar. Der Sonntag muß der Tag bleiben, an dem der größte Teil der Bevölkerung die Gelegenheit behält, sich in Familie und Gesellschaft zu begenügen. Es geht bei der Sonntagsruhe eben nicht um arbeitsfreie

Zeit, die man ebenso gut auf die 6 Wochentage verschieben könnte.

6. Der Sonntag ist nicht die Alternative zu den Werktagen, die Ruhe ist nicht der Gegensatz zur Arbeit, sondern die Sonntagsruhe gibt der Arbeitszeit und der Arbeit einen bestimmten Sinn – und das nicht nur in religiöser Sicht. Ohne die Sonntagsruhe geht das ganzheitliche Verhältnis des Menschen zur Arbeit verloren. Die Erfahrung lehrt, daß der Montag als Arbeitstag für jene Menschen mit Schwierigkeiten beginnt, die den Sonntag nicht mehr als Ruhetag erleben.
7. Ob die Sonntagsruhe grundsätzlich beachtet wird, ist in unserer säkularisierten Gesellschaft nicht mehr eine nur Frage der Feiertagsheiligung, sondern eine Frage der Gesellschafts- und Arbeitskultur. Gerade um der dauerhaften Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft willen muß diese Kultur geschützt werden. Darum fordert der EAK die CDU und CSU auf, an der bisherigen Regelung zum Sonntagschutz festzuhalten.

**(Verabschiedet auf der Sitzung des Bundesvorstandes des EAK am 16.8.1999)**

### Unsere Autoren:

Bischof  
Axel Noack  
Am Dom 2  
39104 Magdeburg

Kristel Bendig  
Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
53113 Bonn

Bischof  
Dr. Ulrich Fischer  
Blumenstr. 1-7  
76133 Karlsruhe

Dr. Gerhard Wegner  
Expo-Büro  
Goethestr. 29  
30169 Hannover

Karsten Matthis  
Falkensteiner Gäßchen 7 a  
53639 Königswinter

**Kohleick, Schriftführer Ernst Landgrebe.**  
Als Beisitzer wurden gewählt: **Udo Neb- lung, Peter Otto Haarhaus, Dorothea Gräfin von Schlieben, Alexa Schmitz, Friedrich- Gustav Winckler, Volker Schmitz, Uwe Schabla, Hans Sproedt, Dieter-Walter Frank und Hans-Georg Malitz.**

Die Wahl fand auf der Bezirkstagung in der Klosterkirche von Remscheid-Len- nep statt. Auf der Tagesordnung stan- den weiterhin Referate des Remschei- der Superintendenten **Dr. Martin Dutz- mann** zum Thema „Kirche und Politik“ sowie des EAK-Landesvorsitzenden **Thomas Rachel** zum Thema „CDU und Kirche“.

### ■ Recht auf Leben – auch für Behinderte?

**Herford. Helge Schilling,** Bezirksvorsit- zende des EAK-Ostwestfalen-Lippe, be- grüßte zu diesem Thema **Pfarrer Eltzner,** der 18 Jahre lang die Einrichtung Wittekindshof geleitet hat. Die Mitarbeiter dieser Einrichtung der Behindertenhilfe seien dem christli- chen Menschenbild in ihrer Arbeit ver- pflichtet, dieses laute: der Mensch, wie er geht und steht, ist Mensch und Ge- schöpf Gottes. Seine Würde ist unan- tastbar, ob er alt, jung, gesund oder krank, christlich, jüdisch oder mosle- misch ist. Diese Grundaussage aber ste- he im Gegensatz zu vielen anderen Menschenbildern, die nationalistisch, rassistisch oder religiös-fundamentali- stisch geprägt seien. Diese hätten immer wieder zu Vertreibung und Er- mordung von Menschen geführt.

Auch heute sei die Frage nach dem „Wert“ des Lebens wieder aktuell, wenn werdende Mütter zur vor- geburtlichen Diagnostik gezwungen würden. Die Frau müsse sich dann ent- scheiden, ob sie ein behindertes Kind austragen wolle.